»Keine Wissenschaft sondern Geschichtsrevisionismus!«

FIR protestiert gegen Holocaust-Leugnung

Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer FIR – Bund der Antifaschisten, die Dachvereinigung von Organisationen ehemaliger Widerstandskämpfer, Partisanen, Angehörigen der Anti-Hitler-Koalition, Verfolgten des Naziregimes und Antifaschisten heutiger Generationen aus über zwanzig Ländern Europas und Israels, protestiert mit allem Nachdruck gegen die geschichtsrevisionistische Konferenz zum Thema Holocaust, die – getragen von der iranischen Regierung – im Dezember in Teheran durchgeführt wurde.

Es war, wie nach den Ankündigungen nicht anders zu erwarten, keine wissenschaftliche Konferenz, sondern eine Veranstaltung, auf der offen die Massenvernichtung von Juden in Form industriell organisierter Vernichtungspolitik geleugnet wurde. Die eingeladenen »Experten« waren ausnahmslos bekannte Geschichtsrevisionisten und zum Teil offene Antisemiten. So konnte es auch nicht verwundern, dass das Angebot der Überlebenden von Auschwitz, Zweiflern die Realität der Vernichtungspolitik durch Zeugen der Verbrechen zu beweisen, ausgeschlagen wurde.

Die politische Führung des Irans zeigt damit, dass sie Geschichtsrevisionismus fördert und dieses gleichzeitig mit einer Denunziation des Staates Israel verbindet. Eine solche Veranstaltung soll das politische Klima im Nahen Osten weiter vergiften und die Spannungen zwischen Israel und seinen Nachbarn verstärken.

Als antifaschistische Organisation, die der historischen Wahrheit und dem Kampf gegen jegliche Form von Rassismus und Antisemitismus verpflichtet ist, verurteilen wir solche Propaganda.

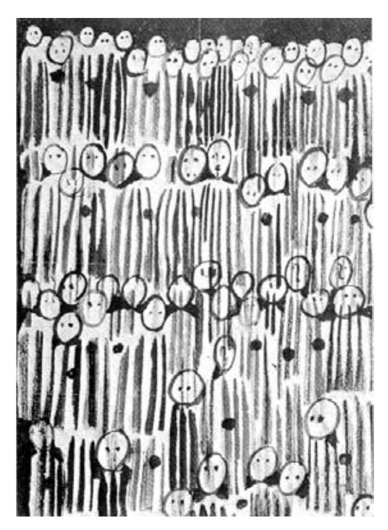
Zufrieden können wir aber feststellen, dass diese geschichtsrevisionistische Veranstaltung in der Weltöffentlichkeit einen deutlichen Widerspruch erfahren hat. Wir wissen uns dabei einig mit all jenen demokratischen und friedliebenden Kräften, die sich aktiv gegen Antisemitismus, Geschichtsrevisionismus und Krieg und für den Abbau von Spannungen im Nahen Osten einsetzen.

Erinnerung künstlerisch gestaltet

Josef Szajna-Ausstellung in der polnischen Botschaft in Berlin

Am Jahrestag der Befreiung von Auschwitz, 27. Januar 2007, wird in den ehemaligen Räumen der polnischen Botschaft in Berlin, Unter den Linden, eine große Werkschau von Arbeiten des polnischen Künstlers Józef Szajna eröffnet die voraussichtlich bis Ende März zu sehen sein wird.

Szajna, 1922 in Rzeszów geboren, gehört zu den herausragenden zeitgenössischen Künstlern Polens. Als Widerstandskämpfer verhaftet, hat er die Konzentrationslager Auschwitz und Buchenwald überlebt. Nach dem Kunststudium arbeitete er als Bühnenbildner, als künstlerischer Leiter am »Teatr Ludowy« in Nowa Huta und als Regisseur an Theatern in Polen und im Ausland. 1972 wurde Szajna Professor an der Akademie der schönen Künste. Gleichzeitig war er Direktor des »Teatr Klascyzny« in Warschau. Er hat nicht nur die Grenzen zwischen den einzelnen Künsten überschritten, sondern mit seinen großen Gesamtkunstwerken »Reminiszenzen« und »Replika« auch das kollektive Gedächtnis an die deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg und an die Leiden in den Konzentrationslagern entscheidend beeinflusst. Die Ausstellung ist eine gemeinsame Veranstaltung des Mazowieckie Centrum Kultury i Sztuki, der Polnischen Botschaft in Deutschland und der Gedenkstätte Buchenwald. **kfo.**



»Der Appell dauerte sehr lange«, Tusche auf Papier, 1942



Häftlingsfoto: Józef Szajna als Häftling Nr. 18729 in Auschwitz.

Mauthausenkomitee:

Konferenz zur Erinnerungskultur

In Potsdam führt die Deutsche Lagergemeinschaft Mauthausen am 24. Februar 2007 in Zusammenarbeit mit der Brandenburgischen Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem Verband deutscher Schriftsteller (Ver.di) Berlin/Brandenburg ein Seminar zum Thema: »Die Mühen der Erinnerung. Erinnerungskultur in der Zukunft« durch.

Das Seminar, an dem Prof. Ludwig Elm aus Jena, Prof. Peter Gstettner aus Klagenfurt/Österreich, der Schriftsteller P. Werner Lange aus Teltow und Tanja Berg vom »Zentrum für Demokratie« Treptow-Köpenick als Referenten teilnehmen, findet aus Anlass des ersten Todestages unseres Kameraden Otto Wiesner statt. Es soll sich besonders mit Erfahrungen und Perspektiven der Spurensuche beschäftigen.

Mit der Veranstaltung sollen insbesondere Pädagogen, Schüler sowie junge und ältere Antifaschistinnen und Antifaschisten angesprochen werden. Seminarort: Altes Rathaus (Musikzimmer) in Potsdam, Am Alten Markt, Beginn des Seminars: 9.00 Uhr, Ende gegen 17.30 Uhr.

Das Seminar wird eröffnet mit einem Podiumsgespräch, an dem sich Gäste aus Oberösterreich, Frau Anna Hackl, Zeitzeugin, zum Ausbruchsversuch sowjetischer Häftlinge am 2. und 3. Februar 1945 im KZ Mauthausen, der Autor des Buches zu diesem Ereignis, Walter Kohl aus Linz, und die Lehrerin und aktive Antifaschistin vom »Österreichischen Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer«, Margarethe Benedics, beteiligen werden.

Zur Deckung der Unkosten des Seminars wird um einen Beitrag von 7,00 Euro gebeten. SchülerInnen und StudentInnen können die Veranstaltung kostenlos besuchen.
Für Anmeldungen und weitere Anfragen steht zur Verfügung: Ludwig Einicke, Konrad-Wolf-Allee 18, 14480 Potsdam, Telefon und Fax: (00 31) 61 23 48 oder per E-Mail an l.einicke@web.de oder info@lag-mauthausen.de.

Kein Datenschutz in NRW

Staatsschutz darf künftig private PC's ausspähen

Schon im Februar 2006 erhielt die Polizei aus Karlsruhe, und zwar vom Generalbundesanwalt, die Erlaubnis, für die verdeckte Recherche »ein hierfür konzipiertes Computerprogramm von außen auf dem Computer des Beschuldigten zu installieren«.

Damit wurden die gesetzlichen Bestimmungen für Hausdurchsuchungen verschlechtert: Die Polizei durfte via Internet einen Trojaner auf den betreffenden Rechner des ahnungslosen Bürgers einschleusen. Erst jetzt kam ein Gegengutachten eines Richters des Bundesgerichtshofes an die Öffentlichkeit. Er kam zu einem eindeutigen Ergebnis: Eine solche Ausforschung eines Rechners sei »gesetzlich nicht zulässig«, schrieb er.

Nicht bis Januar, dem Verhandlungstermin des Bundesgerichtshofes, warten und das Hacken nicht auf die Polizei beschränken wollte die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen und drückte am 20. Dezember 2006 im Düsseldorfer Landtag ein neues »Anti-Terror-Gesetz« zugunsten der Geheimdienste durch, um das ungefragte Ausspionieren der Computer der Bürger per Internet auszuweiten. Die Bürger erfuhren über ein solches Gesetz erst etwas, als schon alles gelaufen war.

Bürgerinitiativen wollen gegen NRW-Gesetz klagen

VVN-BdA-Bundessprecher Ulrich Sander erklärte: »Unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung werden die Bürgerrechte abgebaut.« Inzwischen haben Bürgerinitiativen Klagen beim Landesverfassungsgericht in Münster und beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gegen das neue Gesetz angekündigt, mit dem Nordrhein-Westfalen Vorreiter im Demokratieabbau wird. Die VVN-BdA bereitet Aktionen vor, darunter Mahnwachen vor dem Innenministerium in Düsseldorf. **U. S.**

FIR: Rehabilitierung der Mörder durch deutsche Justiz

Proteste italienischer und deutscher Antifaschisten in München

Schon mehrfach hat die »Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) - Bund der Antifaschisten« auf den Skandal hingewiesen, dass Verbrechen der deutschen Wehrmacht, begangen in Griechenland, ohne juristische Ahndung blieben.

Ein aktuelles Beispiel dafür ist, dass nach dem Willen der deutschen Justiz die Mörder von Kephallonia straffrei bleiben sollen. Das Massaker an etwa 4 000 entwaffneten italienischen Soldaten, die als Kriegsgefangene genommen waren bzw. werden sollten, war eines der schlimmsten Verbrechen im September 1943.

Die Mörder sind bekannt. Die Täter kamen aus dem Gebirgsjäger-Regiment 98 und aus dem Festungsgrenadierbataillon 921. Viele von ihnen sind selbst namentlich bekannt. Und noch leben Zeugen dieser Verbrechen.

Doch statt Anklage zu erheben, wird mit der Niederschlagung der Mordanklage gegen den Gebirgsjäger Otto Mühlhauser aus Dillingen faktisch ein juristischer Schlussstrich unter das Massaker an mehr als 4 000 italienischen Soldaten der Divisione Acqui gezogen. Das kann nicht hingenommen werden!

Deutsche Justiz beleidigt Würde italienischer Opfer

Diese Entscheidung des Gerichts beleidigt nicht nur die Würde der Ermordeten und ihrer Angehörigen, sie ist auch eine offensive Rehabilitierung aller in Kriegsverbrechen verstrickten Wehrmachtssoldaten. Ein solches Verhalten korrespondiert mit der aktiven Unterstützung von Bundeswehr und Staatsorganen für die jährlichen Treffen der Traditionsverbände der Gebirgsjägereinheiten im Bayerischen Mittenwald.

Die FIR begrüßt und unterstützt die Protestaktionen deutscher und italienischer Antifaschisten vom 8. Dezember 2006 vor dem Münchener Justizzentrum und fordert von der deutschen Justiz und der Bundesregierung, politische Verantwortung zu beweisen und endlich die Täter zu bestrafen und die Taten als das zu bezeichnen, was sie wirklich waren: Faschistische Massenverbrechen, die nicht verjähren.

Dr. Ulrich Schneider
Generalsekretär der FIR

Jugendseminar setzte Maßstäbe für die Geschichtsdarstellung

Jugendseminar in Buchenwald

Ende September fand in der Jugendbegegnungsstätte der Gedenkstätte Buchenwald ein Wochenendseminar für interessierte Jugendliche statt.

Ziel war, vor allem junge Leute gründlich mit der Geschichte des Nazi- KZ Buchenwald vertraut zu machen, sie zu befähigen, als Multiplikatoren angeeignetes Wissen weiter zu geben und sich offensiver mit neonazistischem Gedankengut auseinander zu setzen.

Mit dem spannend erwarteten Vortrag von Dr. Harry Stein, Kustos für die Geschichte des KZ, wurden Maßstäbe für die Geschichtsdarstellung gesetzt. Die Teilnehmer erlebten die Vorgeschichte, die zur Errichtung des KZ Buchenwald geführt hat, sowie die außerordentlich grausamen Lebensumstände, die die Häftlinge vor allem in den Aufbaujahren erdulden mussten. Die ständige Wasserknappheit der ersten Jahre, bis 1939 wurde das Wasser mit Tankfahrzeugen antransportiert, hatte zur Folge, dass manchmal auf einhundert Häftlinge nur vier Eimer Wasser kamen.

Vorträge, Führungen und Zeitzeugengespräche

Seuchen verschlimmerten die Lage. Die hygienischen Verhältnisse waren katastrophal. Krankheiten und Tod waren die Folge. Seine Ausführungen unterstrich Dr. Stein durch Dokumente aus dieser Zeit.

Ein weiterer Höhepunkt war die Führung durch Dr. Helmut Rook durch das Außengelände und das Lager. Gemeinsam mit dem Filmbesuch und dem Vortrag am Modell wurden so die historischen Kenntnisse der Teilnehmer vertieft.

Das Zeitzeugengespräch mit einem ehemaligen Häftling, dem VVN-Kameraden Ottomar Rothmann, fand besonders großes Interesse. Er sprach über seine Einbeziehung in den Lagerwiderstand und dabei besonders über die Rettung von Menschenleben durch den Austausch von Identitäten. Gefragt nach seinem wichtigsten Lagererlebnis, sagte er: »Die Solidarität«.

Alle Teilnehmer beurteilten die Veranstaltung sehr positiv. Einige werden an weiterführenden Veranstaltungen teilnehmen. Geplant ist der 3. und 4. April 2007. Der Thüringer Verband VdN-BdA will solche Seminare nun jährlich durchführen. **Heinz Koch**

Auf Web Sites: Von Antirassismus bis Widerstandsbiographien

Landesdelegiertenkonferenz tagte als Arbeitstagung

Die 38. Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA Niedersachsen tagte am 18. und 19. November 2006 in Hustedt bei Celle.

Auch in diesem Jahr bot die Heimvolkshochschule Hustedt wieder die besten Bedingungen für unsere turnusmäßige Landesdelegiertenkonferenz, an der rund 30 Delegierte und einige Gäste teilnahmen. Bewegend waren die einfühlsamen Worte von Mechthild Hartung und Stefan Hölzer zur Totenehrung, – stellvertretend für alle Kameradinnen und Kameraden, die seit 2004 verstorben sind, wurde über Kurt Baumgarte gesprochen, der am 20. Juli dieses Jahres verstarb, und über Klaus Harbart, dessen Todestag sich am 29. Dezember jährt: »Wir werden in ihrem Sinne weiterkämpfen und das antifaschistische Vermächtnis bewahren!«

Stefan Hölzer, den die Delegierten – als Novum, da es sich um eine Arbeitskonferenz handelte – zum Tagungsleiter (statt Tagungspräsidium) gewählt hatten, hielt auch den Rechenschaftsbericht des Landesvorstandes. Der Bericht wurde von Mechthild Hartung zu den Bereichen Geschichts- und Gedenkstättenarbeit und zu Antirassismus und Flüchtlingspolitik ergänzt. Danach gab Jörg Meinke den Kassenbericht. Sabine Anolke hielt den Bericht der Revisionskommission.

In der sich anschließenden konstruktiv geführten Diskussion wurden Themen wie Gedenkstättenarbeit, die Internet-Seite der Landesvereinigung – hier der Vorschlag, ggfls. jemanden stundenweise in der Woche mit der Betreuung der Seite zu beauftragen und der Vorschlag, biografische Skizzen der WiderstandskämpferInnen und Verfolgten aus Niedersachsen auf die Homepage zu stellen –, ferner das Verhältnis Kreisvereinigungen – Landesvereinigung angesprochen. Es ergab sich die Anregung für eine Beratung der KreiskassiererInnen. Des weiteren informierten die Vorstandsmitglieder in der AG Bergen-Belsen über den Vorbereitungsstand für die nächste Gedenkfeier im April 2007 in Bergen-Belsen. Von der Kreisvereinigung Celle kam die Bitte um Unterstützung bei der Pflege eines Grabs für unbekannte sowjetische Soldaten auf dem Friedhof in Winsen/Aller. Um qualifizierter in der Öffentlichkeit wirken zu können, sollen Schulungen für KameradInnen und »Mustervorträge« zu bestimmten Themenkomplexen (Jahrestagen etc.) angeboten werden. Zum 60. Geburtstag der VVN-BdA 2007 wurde angeregt, eine Broschüre mit Portraits von für die Organisation in Niedersachsen vorbildlichen Kameradinnen und Kameraden herzustellen.

Am Nachmittag referierte dann Bernd Scholz für die Neofaschismuskommission der Landesvereinigung über die aktuelle Situation in Niedersachsen und bot damit gleichzeitig den Einstieg in die gleichlautende Arbeitsgruppe Neonazismus. Weitere Arbeitsgruppen wurden zu den Themen Geschichts- und Gedenkstättenarbeit und Öffentlichkeitsarbeit angeboten, und die Ergebnisse wurden direkt im Anschluss im Plenum vorgestellt. Sie werden auch Grundlage der Arbeit des neugewählten Landesvorstandes sein.

Der Abend endete mit einem gemütlichen Beisammensein, hatten sich doch viele Mitglieder schon lange nicht mehr gesehen und sie nutzten die Gelegenheit zum Klönen. Im Mittelpunkt des Sonntags standen dann neben der konstruktiv geführten Satzungsdiskussion und der Antragsberatung die Neuwahlen für den LandessprecherInnenkreis. Wiedergewählt wurden Stefan Hölzer, Mechthild Hartung, Jürgen Stiewe, Michael Rose-Gille, neu hinzu kommen Reinhold Weismann-Kieser und Bernd Scholz für den Arbeitsbereich Neofaschismus. Es folgten die Wahlen zum Landesvorstand, zu den Kommissionen und die Wahl der niedersächsischen VertreterInnen im Bundesausschuss; gewählt wurden hier Michael Rose-Gille und Sabine Anolke, als ihre Vertreterin Susanne Knoblich.

Die neu verabschiedete Satzung wird demnächst auch in gedruckter Form im Landesbüro erhältlich sein.

Mit einem kurzen Schlusswort, gehalten von Stefan Hölzer, ging diese arbeitsreiche Landesdelegiertenkonferenz am frühen Nachmittag zu Ende. **S. H.**

Über 200 Tote kurz vor Kriegsende

Lüneburg: Erinnern an ermordete KZ-Häftlinge

Am 19. November 2006 führte die Lüneburger Kreisvereinigung der VVN-BdA ihre traditionelle Gedenkveranstaltung im Lüneburger Tiergarten durch.

Wenn am »Volkstrauertag« der durch Krieg und Faschismus ums Leben gekommenen Menschen gedacht wird, ist heute zumeist nur noch von den gefallenen deutschen Soldaten der Nazi-Wehrmacht die Rede. Vergessen und verdrängt werden allzu oft diejenigen Menschen, die sich gegen die Nazis und die Kriegstreiberei stellten, ganz ähnlich wie die Opfer, die aus rassistischen Gründen verfolgt wurden.

Im Lüneburger Tiergarten liegen in einem Massengrab über 200 KZ-Häftlinge begraben, die nur wenige Tage vor der Befreiung vom Faschismus in Lüneburg starben. In den Tagen vom 7. bis 11. April 1945 kamen 256 KZ-Häftlinge in Lüneburg ums Leben. Sie kamen aus einem Lager in Wilhelmshaven und waren auf dem Weg in das Konzentrationslager Neuengamme. Die Häftlinge waren größtenteils antifaschistische Widerstandskämpfer der französischen Résistance.

Ein Teil der Häftlinge starb am 7. April 1945 bei einem Bombenangriff. Sie waren auf dem Lüneburger Bahnhof in Viehwagons zusammengepfercht den Bomben ausgesetzt oder wurden in den Tagen danach durch Wehrmachtssoldaten und einem SS-Mann erschossen. Allein am 11. April 1945 fielen 60 bis 80 Männer einer Hinrichtung zum Opfer. Geflohene Häftlinge wurden von Polizei und einigen Lüneburger Bürgern gejagt und wieder gefasst und ebenfalls noch einige Tage vor Kriegsende ermordet. Die Toten wurden später im Tiergarten beigesetzt. Heute erinnert dort ein Ehrenmal an die Mordopfer.

Trotz strömenden Regen fanden sich knapp 50 Menschen zu dieser würdigen Veranstaltung ein. Ansprachen hielten Charly Braun (DGB) und der Lüneburger Bürgermeister Bernd Fischer (SPD).

Veranstaltungen in Lüneburg

Die Verfolgung der Sinti in Lüneburg
Freitag, 26. Jan., 19.30 Uhr
Glockenhaus

Gedenkveranstaltung am 62. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz
Samstag, 27. Jan., 15 Uhr
Gedenkstein am Ziegelhof – Altenbrückertorstraße

Erinnerungen eines Antifaschisten – Lesung und Gespräch mit Fritz Bringmann
Dienstag, 13. Feb., 18.30 Uhr
Ratsbücherei

Kontakt zur VVN-BdA Lüneburg:
vvn-bda-lg@web.de

Bleiberecht für Flüchtlinge gefordert

Veranstaltung zum »Tag des Flüchtlings« in Wolfsburg – Abschiebungen verhindern!

Hiergeblieben! Unter diesem Motto veranstalteten VVN-BdA, Flüchtlingshilfe Wolfsburg und IG Metall-Chor »Gegenwind« einen Informations- und Kulturabend zum »Tag des Flüchtlings« in Wolfsburg.

Gut 50 BürgerInnen unterstützten die Forderung von 65 niedersächsischen Organisationen (u. a. des DGB mit seinen 720 000 Mitgliedern) nach einem Bleiberecht für langjährig geduldete Flüchtlinge und protestierten gegen die unmenschliche Abschiebepolitik der Landesregierung.

Dafür waren am selben Tag in Hannover über 6000 Unterschriften an Innenminister Schünemann überreicht worden. In ganz Deutschland leben rund 200 000 Menschen ohne eine sichere Aufenthaltsperspektive, davon etwa 23 000 in Niedersachsen. In Wolfsburg sind über 500 Menschen von Abschiebung bedroht, obwohl viele von ihnen mit ihren Kindern schon zwölf Jahre und länger dort leben.

Die Erfahrungsberichte einiger Betroffener gingen unter die Haut. Ein Vater, der mit seinen Kindern die überfallartige Abschiebung einer Familie morgens um vier Uhr erlebt hat, fragt: »Soll ich den Kindern sagen: 'Das kann uns nicht passieren'? Dann lüge ich. Soll ich sagen: 'Das droht uns auch'? Dann schlafen sie keine Nacht mehr.«

In ihrer Rede betonte Mechthild Hartung, Landessprecherin der VVN-BdA Niedersachsen: »Die BRD, eines der reichsten Länder der Welt, sollte Platz für Schutzbedürftige haben! Im Faschismus fanden Verfolgte überall in der Welt Aufnahme. Heute ist es unsere Aufgabe, Schutzbedürftigen ihr Recht auf Leben in Sicherheit zu gewähren. Leider tun sich im Kopf Parallelen auf zu Berichten aus dem Faschismus, wo Juden abgeholt wurden und niemand hatte etwas gesehen.« Und weiter: »Heute hören wir von gewaltsamen, überfallartigen Abschiebungen bei Nacht und Nebel. Familien werden auseinander gerissen. Kinder von ihren Eltern und Geschwistern getrennt. Manchmal werden Kinder von den Behörden sogar auf dem Schulweg oder im Klassenzimmer festgehalten, um ihrer Familie habhaft zu werden. Viele Jugendliche müssen mit dem 18. Geburtstag ihre Abschiebung befürchten – oft genug in ein Land, das sie kaum kennen.«

»Hiergeblieben«: Auf der Veranstaltung umwickelt Mecki Hartung (hinten) Flüchtlinge symbolisch mit einem roten Band. Bild: VVN-BdA Nds

Abschiebungspolitik ist inhuman

Die Abschiebebehörden schrekken bei Abschiebungen vor keinem Ziel zurück, selbst wenn es sich um Kriegs- und Krisengebiete oder Diktaturen handele, so Mechthild Hartung. »Trotz der Sicherheitsprobleme und den meist katastrophalen Zuständen in der Gesundheitsversorgung in den Herkunftsländern drängt das niedersächsische Innenministerium auf Abschiebungen in Krisengebiete wie Afghanistan, Togo, Kongo oder Kosovo. Für bereits anerkannte IrakerInnen wurden sogar Widerrufsverfahren eingeleitet. Selbst Familien, die schon über viele Jahre hinweg integriert bei uns leben, werden ohne Ankündigung des Abschiebetermins abgeschoben. Zur Durchsetzung von Abschiebungen werden Flüchtlinge in Niedersachsen oftmals monatelang in Abschiebungshaft genommen, auch wenn dies vermieden werden könnte. Sogar Minderjährige sind hiervon betroffen.«

Die Sprecherin forderte: »Kinder, Behinderte, Traumatisierte, Verletzte müssen bleiben dürfen!« Die Anwesenden waren sich einig: Die Innenministerkonferenz muss ein Bleiberecht für alle langjährig Geduldeten verabschieden.

Aber auch vor Ort muss gehandelt werden. Denn ausländerfeindliche Gesinnung macht sich auch in und um Wolfsburg breit. Das zeigen die Erfolge der NPD bei den Kommunalwahlen im Raum Helmstedt. Hier helfen keine wohlfeilen Erklärungen, sondern nur tatkräftige und finanzielle Unterstützung antifaschistischer Initiativen. So forderten die Anwesenden mit ihrer Unterschrift den Erhalt der Braunschweiger »Arbeitsstelle gegen Rechtsextremismus und Gewalt« (ARuG) und appellierten an den neuen Wolfsburger Rat, keinesfalls das selbst verwaltete »Jugendzentrum Ost« zu schließen.

Mit großem Beifall wurde der Schluss von Mecki Hartungs Rede bedacht: »Mit ebenso einfachen wie falschen Parolen gehen Rechte auf Stimmenfang und verbreiten unter Menschen mit dunkler Haut Angst. Geben wir den Nazis durch unser öffentliches Eintreten für Schutzbedürftige keinen Raum!«

Mechthild Hartung

Bitte vormerken:

Am Samstag, den 10. Februar 2007 findet die Antifa-Sozialkonferenz in Hannover statt.

Weitere Informationen unter: www.hannover.vvn-bda.de/.

Aufgepasst – Notieren – Nutzen!

Veranstaltungskalender online

Es gibt seit einiger Zeit die tolle Möglichkeit, auch Veranstaltungen der VVN-BdA leicht und für uns kostenlos online zu stellen. Dies ist eine kostenlose Verbreitungsmöglichkeit für unsere Veranstaltungen und natürlich für die VVN-BdA selbst! Das sollten wir unbedingt nutzen!

Die Seite der »Interessengemeinschaft Niedersächsischer Gedenkstätten« macht's möglich: www.gedenkstaetten-niedersachsen.de.

Wer noch keinen Zugang bzw. Probleme damit hat, erfrage bitte bei niedersachsen@vvn-bda.de Hilfe (E-Mail-Adresse des Helfers).

Artikel für die *antifa*-Niedersachsen-Seiten bitte bis zum 8. jedes geraden Monats an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de. Bitte diese Adresse nur für Artikel an die *antifa* nutzen!

VVN-BdA
Landesvereinigung Niedersachsen
Rolandstraße 16, 30161 Hannover,
Tel.: (0511) 33 11 36
Fax: (0511) 33 60 221
E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de.

Das Büro ist i. d. R. Montag bis Freitag von 10.00 bis 16.00 Uhr besetzt.

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o. ä. Eure neue Adresse mit. Danke!

Wir würden uns über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto mit der Nr. 7510-307 bei der Postbank Hannover BLZ 250 100 30 sehr freuen.

Keinen Fußbreit für Neonazis!

9. Dezember wurde Tag der Blamage für Berliner Rechtsaußen

Mehr als 1000 Menschen zeigten am 9. Dezember 2006, dass sie nicht gewillt sind, Naziaufmärsche in ihrem Bezirk und ihrer Stadt hinzunehmen. Junge und Alte, Parteien und Initiativen demonstrierten mit kreativen Aktionen gegen den erneuten Versuch der Rechtsextremen, die Straßen in Johannisthal und Rudow mit ihren antidemokratischen Parolen zu beherrschen.



Bürgermeisterin Gabriele Schöttler und Hans Erxleben am 9. Dezember in Berlin-Johannisthal. Bild: Burkhard Lange

Durch entschlossenes und gemeinsames Vorgehen konnten die Rechtsextremen zunächst am Losmarschieren gehindert werden, da sich auf der Kreuzung Sterndamm, Ecke Großberliner Damm spontan mehr als 700 Demokrat/innen zu einer Blockade zusammenfanden.

Die demokratischen Kräfte des Bezirks und der Stadt Berlin zeigten deutlich: Auch in Treptow-Köpenick gibt es breite Bündnisse gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, vom Bündnis für Demokratie und Toleranz über das Jugendbündnis »Bunt statt braun«, der Berliner VVN-BdA bis zu Kirchengemeinden, die sich zu Protest-Andachten zusammenfanden.

An der Blockade waren auch zahlreiche Politiker aus der Bundes- und Landesebene von Linkspartei (Petra Pau, MdB, Gesine Lötzsch, MdB, Klaus Lederer, MdA, Senatorin Katrin Lompscher), der SPD und der Grünen (Wolfgang Wieland, MdB, Franziska Eichstädt-Bohlig und Clara Herrmann, MdA) beteiligt.

Eine sehr aktive Rolle spielte auch die Bezirksbürgermeisterin Gabriele Schöttler (SPD), die das »Angebot« der Polizei ausschlug, über das Polizei-Mikrofon die Bürger zum Verlassen der Straße aufzurufen – nachdem sie sich vorher mit der Bürgermeisterin des Nachbarbezirks Lichtenberg, Christiana Emmerich (Linkspartei) und ihren Stadträten vor Ort beraten hatte.

Die Rechtsextremen waren dadurch gezwungen, auf eine unattraktive Alternativroute auszuweichen. Aber auch dort stellten sich ihnen wieder Hunderte Antifaschist/innen in den Weg. Über Stunden war es den Rechtsextremen nicht möglich, vor oder zurück zu marschieren.

Übergriffe durch die Polizei

Einzig und allein das unverhältnismäßige Eingreifen der Polizei ermöglichte es den Rechtsextremen, über Umwege auf ihre ursprünglich angemeldete Route zu gelangen. Bei Sitzblockaden kam es zum Teil zu gewalttätigen Übergriffen und Festnahmen seitens der Polizei. Auch im weiteren Verlauf des rechtsextremen Aufmarsches zeigten die Demokrat/innen, dass sie die Rechtsextremen nicht unwidersprochen auf den Straßen unserer Bezirke dulden. Die Polizei setzte die Route schließlich bis zur Rudower Spinne im Bezirk Neukölln durch, wo die Rechten im Regen und bei Dunkelheit ihre Abschlusskundgebung abhielten. Mit der aktiven Teilnahme und mit Redebeiträgen des NPD-Bundesvorsitzenden und des Landesvorsitzenden zeigte sich wieder einmal, wie eng das Zusammenwirken der in den Bezirksverordnetenversammlung vertretenen Kräften dieser Partei mit den militanten Kameradschaftsstrukturen ist.

Dieser Tag war ein Achtungserfolg für die Zivilgesellschaft im Bezirk, da die Tradition der Rechtsextremen gebrochen werden konnte. Aufgrund der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten war es ihnen weder möglich, an ihrem »angestammten« ersten Dezemberwochenende (wie bislang drei Jahre hintereinander) zu marschieren noch konnten sie die angemeldete Route durchsetzen. Der Tag wurde zu einer Blamage für die Rechtsextremisten.

Hans Erxleben
Bezirksverordneter Die Linke.PDS Treptow-Köpenick, Sprecher des Bündnisses für Demokratie und Toleranz

Neuerscheinung informiert über Gedenkstätten

Wege zur Erinnerung

Auf rund 600 Seiten stellt Stefanie Endlich annähernd 1000 Orte der Erinnerung an Verfolgung und Widerstand in Berlin und die großen Gedenkstätten des Landes Brandenburg vor.

Geschichte zeigt sich durch Denkmale und Gedenkzeichen im öffentlichen Raum und wird auf diese Weise auch im kollektiven Gedächtnis wahrgenommen. Doch dafür bedarf es präziser Informationen für die Bewohner und Besucher, für Politiker, Lehrer und die Medien.

Eine Neuerscheinung der Berliner Landeszentrale für politische Bildungsarbeit informiert über die Entstehungsgeschichte der großen und kleineren Gedenkstätten und über ihre Vermittlungsangebote. Es ist besonders für Schulen und die Bildungsarbeit gedacht. Ein Register hilft bei der Suche nach Namen von Opfern des Faschismus, derer öffentlich gedacht wird, und nach Strassen, in denen an sie erinnert wird. Weiterhin bietet das Register eine Auswahl an Orten mit Themenschwerpunkten und ein Namensregister der Künstler und Architekten, die Erinnerungszeichen mit unterschiedlichen künstlerischen Handschriften gestaltet haben.

(Fortsetzung auf Seite 6)



Stefanie Endlich: »Wege zur Erinnerung. Gedenkstätten und -orte für die Opfer des Nationalsozialismus in Berlin und Brandenburg«. 597 Seiten, 200 Abbildungen. Metropol-Verlag Berlin, 29,90 Euro. Bei der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin, An der Urania 4-10, für 4 Euro erhältlich, die Landeszentrale Brandenburg stellt 800 Bücher kostenlos zur Verfügung.

Wege zur Erinnerung

(Fortsetzung von Seite 5)

In den frühen Nachkriegsjahren begründeten Überlebende der Konzentrationslager und Zuchthäuser das erste Gedenken an die Opfer des Faschismus und an den Widerstand gegen das Nazi-Regime. Die lebendige und vielschichtige Erinnerung mündete im Kalten Krieg in unterschiedlichen ost-westlichen Gedenkkulturen, die gegensätzlichen politischen Entwicklungen werden in der Entstehungsgeschichte von Gedenkstätten und -orten in den Stadtbezirken anschaulich.

Stefanie Endlich lenkt den Blick auf die vielen im Lauf von Jahrzehnten entstandenen dezentralen Orte mit ihren manchmal verschlüsselten historischen Botschaften und stellt die auf Tafeln und Denkmalen geehrten Personen mit ihrem biografischen und widerstands- und verfolgungsgeschichtlichen Lebensdaten vor.

Die Gedenkstättenlandschaft bleibt dank des Engagements vieler Bürger, auch der Berliner VVN, in Bewegung. Erinnert sei an die Debatten um die Einweihung der Neuen Wache Unter den Linden oder zum Umgang mit den in der DDR entstandenen Denkmalen und Gedenkstätten. Seit 1990 sind zahlreiche neue Erinnerungsorte und Denkzeichen in Berlin entstanden.

So bleibt auch diese verdienstvolle und präzise Publikation unvollständig – und das ist ermutigend. Denn selbst nach Redaktionsschluss des Buches sind neue Gedenkorte hinzugekommen. Die inzwischen mehr als 1300 »Stolpersteine« vor Hauseingängen und auf Gehwegen, die an Opfer des NS-Terrors erinnern, sind nur teilweise erfasst. Über dieses wichtige Erinnerungsprojekt wird gerade an der Gedenkstätte Deutscher Widerstand eine Online-Dokumentation erarbeitet.

Das Buch könnte auch neue Orte des Gedenkens anregen, z. B. das frühere Gerichtsgefängnis in der Kantstrasse 79. Dort waren 1942/43 viele Naziggegnerinnen und -gegner inhaftiert.

Hans Coppi

Ausgegrenzte NS-Opfer bis heute

Zwangssterilisierte und »Euthanasie«-Geschädigte

Das »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« vom 14. Juli 1933 war das erste Rassegesetz der Nazis. Es zielte auf das mörderische Konstrukt einer »volksgesunden, arischen Rasse«, indem es Kranke und sozial »Anormale« aussonderte, deren Stigma als erblich behauptet wurde.

Von 1934 bis 1945 wurden etwa 400 000 Menschen, die an einer körperlichen oder geistigen Krankheit litten oder nur im Verdacht solch einer Krankheit standen, zwangsweise sterilisiert. Der erste Schritt zur »Euthanasie« war seit Ende 1938 mit der Tötung behinderter Kinder getan worden, die meist durch Injektionen ermordet wurden. Nach dem 1. September 1939 wurden auf Erlass Hitlers in »Euthanasie«- und anderen Heil- und Pflegeanstalten über 300 000 Menschen Opfer von Vergasungen, Erschießungen, tödlichen Injektionen und Hungertod.

Das in diesen Massenmorden geschulte Personal kam später bei der Vernichtung der europäischen Juden in den Gaskammern erneut zum Einsatz. Die unter dem Namen T4 geführten »Euthanasie«-Aktionen markieren damit nicht nur ideologisch – es gab das gemeinsame Ziel einer »erbgesunden« und »arisch reinen Rasse« – einen wichtigen Schritt beim Übergang von der Verfolgung bis hin zur Vernichtung der Juden.

Zwangssterilisierte und Verfolgte der »Euthanasie«-Aktionen sind bis heute nicht den anerkannten Verfolgten des Nazi-Regimes gleichgestellt, da ihre Verfolgung nicht als typisch nationalsozialistisches Unrecht anerkannt wurde. Noch in den 60er-Jahren kam der Wiedergutmachungsausschuss zu dem Schluss, dass das »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« nicht im Widerspruch zu rechtsstaatlichen Grundsätzen stehe. Erst 1974 wurde es außer Kraft gesetzt, jedoch nicht aufgehoben und dadurch für nichtig erklärt. Die Rehabilitation der Opfer steht damit noch immer aus.

Auch heute noch ist eugenisches Denken, das Menschen in »lebenswert« und »lebensunwert« unterteilt, weit verbreitet. Fortschritte in den Gen- und Reproduktionstechnologien machen eine moderne, »saubere« Selektion möglich, die tatsächlich aber denselben menschenverachtenden Kriterien folgt, wie die nationalsozialistische »Rassenhygiene« und »Volksgesundheit«. Werden nicht bisweilen alte Menschen als Kostenfaktor im Rentensystem und Schwerkranke als unhaltbar teure Last für das Gesundheitssystem angesehen? Werden somit nicht Erinnerungen an Kosten-Nutzen-Rechnungen wach, die vor mehr als 60 Jahren den Weg zum Massenmord ebneten? Dabei wird auch in aktuellen Diskussionen um Sterbehilfe der Mord an alten, schwer kranken oder behinderten Menschen wieder als »Gnadentod« legitimiert und eine vermeintlich »humane« Einstellung in eine moralische Pflicht zur Tötung umgedeutet.

Kürzlich adelte das Dresdner Hygiene-Museum die Praxis der Tötung schwerstbehinderter Neugeborener, indem es dem Autor und Journalisten Erwin Koch seinen diesjährigen Medienpreis für dessen Beitrag »Der gute Tod« verlieh. Die Form des Berichts und seine Auszeichnung kritisiert der Bund der »Euthanasie«-Geschädigten und Zwangssterilisierten vehement als einseitige Unterstützung von »Euthanasie«-Befürwortern und indirektes Diskreditieren kritischer Stimmen. Tatsächlich liest sich der Beitrag Kochs als Plädoyer für eine Praxis des Tötens. Lobend erzählt Koch aus dem antiken Griechenland, wo Neugeborene getötet wurden, die »missgebildet oder schwächlich« zur Welt kamen. Die Philosophen Plato und Seneca werden mit ihrem Lob für eine Praxis, die das, »was unbrauchbar sei, vom Gesunden [trenne]«, zu positiven Vorbildern erhoben. Offener kann der Weg zu einer neuen Selektion von Menschen in »nützlich« und »nutzlos«, »lebenswert« und »lebensunwert« kaum beschritten werden. Man kann ihn auch ohne Umweg über die griechische Antike direkt zu den Nazis gehen.

Nicole Warmbold

Zum **Tag der Opfer des Nationalsozialismus** laden die Berliner VVN-BdA und der Bund der „Euthanasie"-Geschädigten und Zwangssterilisierten zu einer Veranstaltung ein:

Zwangssterilisierte und „Euthanasie"-Geschädigte:
Ausgegrenzte NS-Opfer bis heute

Podiumsdiskussion

Dr. Petra Fuchs Institut für Geschichte der Medizin, Charité
Margret Hamm Bund der „Euthanasie"-Geschädigten und Zwangssterilisierten
Hubert Hüppe Mitglied des Bundestages (angefragt)
Prof. Dr. Jeanne Nicklas-Faust Lebenshilfe
Moderation **Nicole Warmbold** VVN-BdA

23. Januar 2007 | 19.00 Uhr
Haus der Demokratie
Greifswalder Str. 4, Berlin (Tram M 4, Bus 200/240 „Am Friedrichshain")

BERLINER VVN-BDA

Redaktion: Dr. Hans Coppi
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Tel.: (030) 29784178
Fax: (030) 29784378
Internet: http://berlin.vvn-bda.org
E-Mail: berlin@vvn-bda.org

Einladung zur
Landesmitgliederversammlung
der VVN-BdA Bayern

Einleitungsreferat:
Wege und Irrwege des Antifaschismus
Erfahrungen: Missachtet? Überholt? Aktuell?
Prof. Dr. Kurt Pätzold, Berlin

Im Plenum und in Arbeitskreisen wollen wir uns mit den Entwicklungen vor 1933, vor allem aber von 1945 bis heute befassen. Und natürlich mit aktuellen Themen wie NPD-Verbot, antifaschistischer Bündnispolitik und dem Selbstverständnis der VVN-BdA.

Geplant ist außerdem ein kulturelles Abschlussprogramm, mit dem wir 60 Jahre VVN in Bayern feiern wollen.

Eingeladen sind die Mitglieder der VVN-BdA Bayern und alle interessierten Freundinnen und Freunde.

Samstag, 24. Februar 2007, 10 Uhr
im Jugendgästehaus Dachau, Roßwachtstr. 15

Um rechtzeitige Anmeldung wird gebeten:
VVN-BdA Bayern, Frauenlobstr. 24, 80337 München, Tel. (089) 531786, Fax (089) 5389464, E-Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

Aktionen im Zeichen der Weißen Rose
Murnauer Bündnis gegen Nazis bleibt am Ball

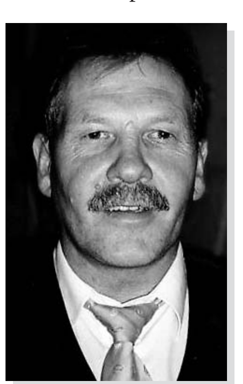
Drei Wochen lang im Dezember war im Staffelsee-Gymnasium in Murnau die Ausstellung »Rechtsradikalismus in Bayern« zu sehen. Schulleiter Gerhard Haberl wollte damit »junge Leute sensibilisieren und immunisieren«. Ab der 9. Klasse wurde die von der Friedrich-Ebert-Stiftung gestaltete Schau auch im Unterricht behandelt. Diese Ausstellung war das letzte der für 2006 vom Werdenfelser Bündnis gegen Rechts geplanten Vorhaben. Für 2007 sind neue Aktionen vorgesehen.

Im Frühjahr 2005 hatte sich das Bündnis gegen einen Stützpunkt Oberland der Jungen Nationaldemokraten in Murnau gebildet. (*antifa* hat darüber berichtet). Ihm gehören politische Mandatsträger, Pfarrer, Vertreter von Gewerkschaften, Vereinen, Organisationen und Verbänden sowie zahlreiche Bürger aus Murnau und Umgebung an. Neben zwei Demonstrationen mit jeweils über 400 Teilnehmern wurden in Arbeitsgruppen verschiedene Aktivitäten geplant und inzwischen gemeinsam mit Bündnispartnern umgesetzt.

Das Katholische Kreisbildungswerk lud einen Verfassungsschutz-Experten ein, der über den Rechtsextremismus im Landkreis informierte. In der evangelischen Kirche sprach ein Historiker über »Protestantismus und Nationalsozialismus« und hob den Murnauer Pfarrer Gerhard Günther hervor, der sich den Nazis widersetzt hatte und seines Amtes enthoben wurde.

Die Klasse M9b der Murnauer Hauptschule hat einen Kurzfilm »Blöd gelaufen« zum Thema alltäglicher Rassismus gedreht. Eine Arbeitsgruppe entwickelte ein Logo für das Bündnis. Es zeigt eine filigrane weiße Rose vor der abstrakten Kulisse des Wettersteingebirges mit der Zugspitze.

Als der Murnauer Polizeichef Joachim Loy kritisierte, dass bei einer Demonstration auch Teilnehmer mit PDS- und VVN-BdA-Fahnen mitgelaufen seien und das Bündnis ermahnte, sich von »Linksextremisten« fernzuhalten, stieß er nicht nur bei dem Bündnis-Koordinator und DGB-Regionsvorsitzenden Manfred Neupfleger auf Widerspruch. Auch andere Bündnismitglieder nahmen in Leserbriefen gegen Loy Stellung. Manfred Unger aus Peißenberg erinnerte beispielsweise daran, dass


Manfred Neupfleger
Bild: ele

die VVN von ehemaligen KZ-Häftlingen gegründet wurde: »Wenn die sich nicht gegen Nazis aussprechen dürfen, wer dann?« Und Benni Schumann betonte bei einem Bündnistreffen, auch die Linkspartei bekenne sich zur Demokratie.

ele

Spenden an die VVN-BdA Bayern

Wie immer freuen wir uns über Spenden für die Arbeit der bayerischen VVN-BdA.

Unser Konto: VVN-BdA Bayern Nr. 10532-807, Postbank München, BLZ 700 100 80.

Wir gratulieren ...

... natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen der *antifa* sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten – und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

Januar: Lina Haag, München, 100 Jahre; Anni Aechter, Augsburg, 95 Jahre; Hilde Kaim. Bamberg, 84 Jahre; Herta Brich, Weiden, 83 Jahre; Hilde Prockl, München, 82 Jahre; Paula Baumeister, Wassertrüdingen, 81 Jahre; Rosemarie Dressel, Regensburg, 70 Jahre; Gerda Schwarz, München, 65 Jahre; Ernst Behr, Trugenhofen, 60 Jahre; Hermann Schwank, Diedorf, 60 Jahre
Februar: Rolf Hillinger, München 95 Jahre; Anton Freiberger, Ottobrunn, 93 Jahre, Hans Koller, München, 80 Jahre.

Redaktion: Ernst Antoni

Proteste gegen »Justizreformismus«

Italienische Angehörigeund Politiker demonstrierten vor Münchner Gerichtszentrum

Der Mailänder Anwalt Gilberto Pagani fand deutliche Worte: Die Einstellung des Verfahrens gegen einen für die Erschießung italienischer Kriegsgefangener verantwortlichen ehemaligen Wehrmachts-Gebirgsjäger durch die bayerische Staatsanwaltschaft (*antifa* berichtete) sei der wohl »erste Fall von Justizrevisionismus«. Würden doch mit der Einstellungsbegründung, dass es sich hier nicht um unverjährbaren Mord, sondern um verjährten Totschlag gehandelt habe, »die Ergebnisse der Nürnberger Prozesse über den Haufen geworfen«.

Ausdrücklich war in Nürnberg festgeschrieben worden, dass es sich bei den italienischen Truppen auf der griechischen Insel Kephallonia um eine »reguläre Armee« gehandelt habe. Um Kriegsgefangene also, deren Erschießung eindeutig eine Mordtat gewesen sei.

In der Begründung des Münchner Oberstaatsanwalts August Stern aber steht: »Italienische Streitkräfte waren keine normalen Kriegsgefangenen. Aus Verbündeten wurden sie zu heftig kämpfenden Gegnern und damit im Sprachgebrauch des Militärs zu 'Verrätern'. Damit liegt der Fall nicht wesentlich anders als wenn Teile der deutschen Truppe desertiert und sich dem Feind angeschlossen hätten. Eine daran anschließende Hinrichtung wäre wohl ebenfalls nicht als Tötung aus niedrigen Beweggründen im Sinne von § 211 StGB anzusehen.«

Gegen diese ungeheure Diffamierung der Ermordeten als »Verräter« – vom Staatsanwalt noch mit einer nachträglichen Kriminalisierung von Wehrmachtsdeserteuren verbunden – protestierten am 8. Dezember vor dem Münchner Justizzentrum Angehörige der Opfer und italienische Politiker und Juristen, unterstützt von deutschen Antifaschisten. Die VVN-BdA vertrat bei der Manifestation der Holocaust-Überlebende Ernst Grube.

»Nein, Hass empfinde er nicht, sagt Enzo de Negri leise, aber vernehmlich«, schrieb die Süddeutsche Zeitung in ihrem Bericht.



Protestaktion vor dem Gerichtsgebäude in der Nymphenburger Straße in München. Bilder: Antoni



Podium bei der Protestaktion: Ernst Grube, VVN-BdA (links), Senator José Luís Del Roio, Mailand (Mitte), Regina Mentner, Arbeitskreis Angreifbare Traditionspflege (rechts).

»Auch seine Schwester Marcella will von Rache nichts wissen. Den Geschwistern geht es um etwas ganz anderes: Sie wollen nicht, dass eines der größten Kriegsverbrechen der Deutschen an Italienern im Zweiten Weltkrieg von der deutschen Justiz zu den Akten gelegt wird. Vor allem aber wollen sie nicht, dass ihr 1943 von einer Gebirgsjägereinheit ermordeter Vater, Capitano Francesco de Negri nachträglich zu einem 'Verräter' gestempelt wird. Genau das hat die Münchner Staatsanwaltschaft indirekt getan und deshalb sind die Geschwister mit vielen anderen aus Italien angereist, um vor dem Strafjustizgebäude in der Nymphenburger Straße zu demonstrieren.«

Marcella de Negri dankte nach Pressekonferenz und Kundgebung mit bewegten Worten besonders den jungen Antifaschistinnen und Antifaschisten, die den Aufrufen des Arbeitskreises Angreifbare Traditionspflege und der VVN-BdA zur Solidarität mit den Nachkommen der Opfer des Massenmordes an italienischen Kriegsgefangenen auf Kephallonia gefolgt waren. Die Manifestation habe ihr die Kraft gegeben, den Prozess gegen den letzten noch lebenden Verantwortlichen für die Erschießung ihres Vaters durch alle juristischen Instanzen durchzufechten.

Am Rande sei noch vermerkt: Während sonst in der bayerischen Landeshauptstadt kleinste antifaschistische Kundgebungen oft von großen Polizeiaufgeboten »begleitet« werden, kümmerte sich in diesem Falle nur die Besatzung eines Kleinbusses um »Sicherheit und Ordnung« vor dem Justizgebäude. So geht es also auch, wenn man sich vor der internationalen Politik und Öffentlichkeit nicht blamieren will. **Ernst Antoni**



Nazi-Aufmarsch auf den Stufen des Augsburger Stadttheaters. Ungehindert konnten sich die Neofaschisten am 2. Dezember dort mit ihren Transparenten ausbreiten. Auf einem war zu lesen: »Wo der BRD-Staat am Ende ist beginnt die Freiheit«. Der Versuch des Theaterleiters, das braune Spektakel durch ein Banner mit Friedenstaube und Hinweis auf die vielen Nationalitäten der am Haus Beschäftigten zu konterkarieren, wirkte eher wie ein Akt der Hilflosigkeit. Zuvor hatten Stadtverwaltung und Polizei dafür gesorgt, dass antifaschistische Gegendemonstranten den braunen Provokateuren nicht zu nahe kommen. Eben jenes Theatergebäude hatte vor 70 Jahren, 1936, Adolf Hitler bereits als Fassade für einen großen Auftritt genutzt. Vor einigen Monaten hatten in München Neonazis den Platz vor der Staatsoper für eine Kundgebung angemeldet. Auch sie wurde genehmigt. Auf die Freitreppe des Hauses aber kamen sie nicht. Dort stellten sich ihnen die Beschäftigten und der Intendant mit antifaschistischen Transparenten entgegen. Foto: VVN-BdA Augsburg

60 Jahre VVN im Savoy-Theater gefeiert

Eine Jubelfeier war es nicht: 350 Gäste kamen zum Jubiläum nach Düsseldorf

Die Geburtstagsfeier für die VVN-BdA Landesvereinigung NRW fand am 28. Oktober 2006 in Düsseldorf statt. Dazu schrieb Mischa Aschmoneit in der Jungen Welt:

Mehr als 350 Gäste waren der Einladung der NRW-Sektion der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) in das Düsseldorfer Savoy-Theater gefolgt, um dort den 60. Geburtstag der Landesorganisation zu begehen. 1946 eigentlich als »Kampfbund gegen Faschismus« geplant, verbot die Besatzungsmacht den Namen, ließ die Organisation jedoch als VVN zu, die sich 1971 auch durch die Namensergänzung »Bund der Antifaschisten« für Menschen öffnete, die selber nicht den Naziterror erleben mußten. Die Feier war keine reine Jubelveranstaltung. Der nordrhein-westfälische VVN-BdA Landessprecher Jupp Angenfort wies schon in seiner Eröffnungsrede darauf hin: »Wenn wir sagen, Antifaschismus ist die Losung der Zukunft, dann heißt das auch, dass wir die Gefahr des Faschismus für die Zukunft sehen«.

Unter den Besuchern war ebenso jede Altersstufe vertreten wie auf dem Podium, dessen Diskussion sich an die Eröffnungsrede anschloss. Die deutschen Kämpferinnen und Kämpfer der französischen Resistance Henny Dreifuss und Gerhard Leo saßen neben den Historikern Hans Coppi (Sohn der ermordeten Hilde und Hans Coppi aus der Widerstandsgruppe Rote Kapelle) und Ulrich Schneider (Bundessprecher der VVN-BdA und Generalsekretär der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer, FIR). An ihrer Seite diskutierten Jupp Angenfort und Annika Roland (SDAJ), gekonnt moderiert von Dirk Krüger.

Krüger insistierte mit der Frage, warum sich immer noch zuwenig Jugendliche in der VVN-BdA organisierten. Ulrich Schneider betonte in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit von antifaschistischen Bündnissen mit Jugendlichen, die andere Organisations- und Aktionsformen bevorzugten. Einig waren sich alle Diskutanten darin, daß es noch unausgeschöpfte Möglichkeiten des Zugehens auf Jugendliche gibt. Kontrovers ging es zu bei der Frage, inwieweit zum Antifaschismus auch die Positionierung der VVN-BdA zu aktuellen sozialpolitischen Themen kommen solle. Die Antworten reichten von der Betonung der gemeinsamen antifaschistischen Werte, die



60 Jahre NRW wurden gefeiert. Gleich alt: Die VVN. Am VVN-Stand beim NRW-Fest: Ulli Sander, Jupp Angenfort und Klaus Winkes. Vormerken: Am 11. Februar feiert die VVN Dortmund im Wiechernhaus ihren Geburtstag.
Bild: Vogler

nicht durch sozialpolitische Differenzen gefährdet werden dürften, bis hin zu der – mehrheitlich vertretenen – Position, daß eine glaubwürdige antifaschistische Politik gerade auch diese Themen ansprechen müsse.

Exzellent moderiert von Klaus Winkes, folgte am Abend der kulturelle Teil mit dem Schauspieler Andreas Weißert und den Liedermachern Frank Baier und Rolly Brings. Aber zunächst flackerten Ausschnitte aus dem DEFA-Film »Ein Tagebuch für Anne Frank« über die Leinwand. Nicht nur das Leiden der Opfer wurde erneut deutlich, sondern auch das bequeme Leben der Mörder im Westteil Deutschlands. Der Film endete mit den Worten: »Du warst ihr Opfer, Anne Frank, aber Deine Mörder sind im westdeutschen Teil unserer Heimat wieder da. Für Dich war das Grauen namenlos. Wir kennen ihre Namen. Wir wissen, daß sie noch einmal dasselbe tun würden, wenn wir es nicht verhindern.«

V-Leute helfen Naziband vor Gericht

In Dortmund platzt der Prozess gegen die Band »Oidoxie«

Nach über dreijähriger Verzögerung sollte im Dezember der Prozess gegen die nazistische und antisemitische Dortmunder Band »Oidoxie/Weiße Wölfe« beginnen, aber der Termin platzte erneut.

Gab sich die Sprecherin der Staatsanwaltschaft Dortmund, Oberstaatsanwältin Dr. Ina Holznagel, vor Prozessbeginn noch optimistisch, dass es zu einer Verurteilung kommt, so machten das Amtsgericht Dortmund und das Landesinnenministerium – offenbar auf erfolgreiches Drängen rechtsextremistischer Anwälte und V-Leute – wieder einen Strich durch diese Rechnung.

Zunächst sei die Staatsanwaltschaft in Beweisnot gewesen, ob die verbrecherischen Nazilieder auch in Deutschland gespielt worden seien, erklärte Ina Holznagel. Doch dann habe man einen sicheren Belastungszeugen gefunden. Allerdings erwies sich dieser Zeuge als der V-Mann Preuß, Mitarbeiter des NRW-Verfassungsschutzes und Under-Cover-Nazi. Das Landesinnenministerium hatte kurzfristig diesem V-Mann die Aussagegenehmigung verweigert: andere Zeugen und Angeklagte meldeten sich einfach krank – und das Gericht nahm es hin.

»Haben wir eigentlich den braunen Mob im Griff, oder wird uns das nur vorgegaukelt?«, fragte eine Kommentatorin der Westfälischen Rundschau. Ein Sprecher der VVN-BdA: »Nun ist zu befürchten, dass der ganze Prozess platzt. Es zeigt sich, dass das V-Leute-System für nichts weiter gut ist als für den Schutz der Rechten.« Wer gegen Nazis vorgehen will, müsse auch das V-Leute-System des Landesinnenministers angreifen. **-der**

Redaktion: Ulrich Sander
Landesbüro der VVN-BdA NRW,
Gathe 55, 42107 Wuppertal,
Tel.: (0202) 4506 29
Unser Spendenkonto: Pbk Essen,
Konto 28 212-435, BLZ 360 100 43

NS-Ordensburg Vogelsang

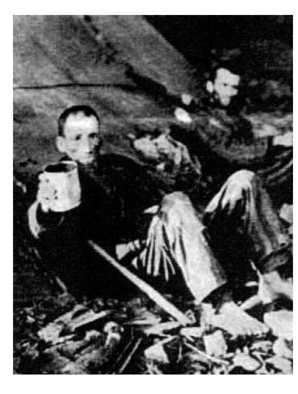
Neuer Nazitreff in der Eifel?

Das Aachener Bündnis gegen Rechts organisierte im Dezember eine Führung durch die ehemalige Nazi-Ordensburg Vogelsang in der Eifel. In ihr wurden SS-Mörder ausgebildet. NRW-Behörden glauben, man könne aus ihr eine Eventstätte machen. An der Burg wollen sich Neonazis regelmäßig treffen. Die Antifaschisten aus der Region fragten sich nach der Besichtigung: Kann der Charakter der SS-Burg geändert werden? Welche Konzepte für die Zukunft der Vogelsanger Burg sind bekannt und wie stehen wir dazu? Und: Wäre es nicht das beste, die von belgischen Truppen genutzte Stätte einfach verrotten zu lassen? **K. H.**

US-Bildbericht aus fünf KZs

Bilder, die mehr als 1000 Worte sagen

Ein erschütterndes historisches Dokument ist jetzt wieder entdeckt worden. Die 1945er Broschüre mit dem Titel »Bildbericht aus fünf Konzentrationslagern« wurde unlängst in Dortmund im Archiv des verstorbenen Antifaschisten Heinz Junge wieder gefunden. Herausgegeben vom



Amerikanischen Kriegsinformationsamt im Auftrag des Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte – so lautet das karge Impressum der in einer der eroberten Großdruckereien produzierten und vermutlich im April 1945



erstellten Schrift. Im Originalvorwort heißt es: »Dieses Heft enthält vor allem Photographien, denn das gedruckte Wort kann keine Vorstellung davon geben, welche Verbrechen dort in ihrem Namen begangen worden sind.« Mit diesen Worten wendet sich das Vorwort an die deutsche Bevölkerung, und zwar an jene vielen Deutschen, denen es »nicht möglich ist, ein KZ zu besichtigen«.

Der Bericht ist unter www.nrw.vvn-bda.de und als Broschüre gegen 6,50 Euro in Porto bei der VVN-BdA NRW verfügbar.

Zwölf Jahre Aufklärungsarbeit zur Geschichte des Widerstands

VVN-BdA Duisburg präsentiert Dauerausstellung

Die Duisburger VVN-BdA präsentiert eine umfangreiche Dokumentation über den Widerstandskampf gegen die Hitlerdiktatur in ihrer Stadt.

Am Anfang stand die Herausgabe der beiden Bücher »Tatort Duisburg« von Rudolf Tappe und Manfred Tietz, in denen die Geschichte der Verfolgung und des Widerstandes in Duisburg 1933 bis 1945 ausführlich dargestellt ist.

Als 1994 auf Initiative des damaligen NRW-Innenministers Herbert Schnoor (SPD) die Aktion »1 DM pro Bürger gegen Rassismus und Gewalt« startete und die VVN-BdA Duisburg aus diesem Topf 10 000 DM erhielt, um Ausstellungsstücke und Unterrichtsmaterial für Schulen anzufertigen, da kam es zum nächsten Schritt. Seit September 1994 wurde die Ausstellung in 14 Duisburger Schulen vor mehr als 5000 Schülerinnen und Schülern unter sachkundiger Führung gezeigt. Später ist aus der Wanderausstellung eine feste Einrichtung geworden. Die Stadt Duisburg stellte zwei Pavillons (ca. 200 qm) auf dem Gelände der Gemeinschaftsgrundschule an der Wrangelstraße in Duisburg-Kasslerfeld zur Verfügung. Am 26. Januar 1997 fand die Eröffnungsfeier statt. Auf über 120 Tafeln wird die Geschichte des Duisburger Widerstandes und der Verfolgungen während der Nazizeit dokumentiert; dazu Exponate aus Konzentrationslagern und aus dem Widerstand: Ein KZ-Anzug, selbst gebasteltes und gemaltes Material aus den KZ's, ein einfaches Abzugsgerät aus der damaligen Zeit zur Herstellung von Schriften und Flugblättern, einen Kleiderschrank mit Schreibmaschine, Stuhl und Tisch, genutzt als illegales »Schreibbüro« und anderes mehr. Eine Kopie der Ausstellung kann ganz oder teilweise ausgeliehen werden.

Das Dokumentationszentrum der VVN-BdA Duisburg trägt den Namen »Wilhelmine Struth / Mathias Thesen«. Wilhelmine Struth war eine Arbeiterfrau aus Duisburg-Wanheimerort. Sie wurde am 2. Februar 1933 von einem Trupp SS-Leuten am Fenster ihrer Wohnung auf der Erlenstraße erschossen. Mathias Thesen war Duisburger KPD-Reichstagsabgeordneter, Stadtverordneter in Hamborn, Betriebsrat und gewerkschaftlicher Vertrauensmann. Er wurde von den Nazis im August 1933 verhaftet, gefoltert und nach elf Jahren Zuchthaus- und KZ-Haft am 11. Oktober 1944 im KZ Sachsenhausen ermordet.

Neben der Dauerausstellung »Duisburg im Widerstand 1933-1945« informiert eine Sonderausstellung über die Entwicklungen in der rechten Szene der Stadt. Es finden Filmvorführungen und Vorträge statt, eine Bibliothek zum Widerstand ist im Aufbau. Nach zehnjähriger Öffnung des Dokumentationszentrums soll demnächst eine Ergänzung erfolgen, zu der die Sparkasse Duisburg eine Spende von 5000 Euro beisteuerte.

U. S./P. H.

Informationen über Öffnungszeiten und Führungen werden telefonisch gegeben: (02 03) 77 78 06. Der Eintritt ist frei.

Stukenbrock nach der Befreiung

Buch zur Nachkriegsgeschichte des Kriegsgefangenenlagers

Das Buch untersucht die Geschichte eines Lagers, in dem hauptsächlich kriegsgefangene sowjetische Soldaten eingesperrt und dann nach dem Krieg NS-Belastete vorübergehend interniert waren.

Die Erinnerung an das »Stalag 326« in Stukenbrock polarisierte die regionale und überregionale Politik über Jahre hinweg. Die Bürgerinitiative »Blumen für Stukenbrock« bei Bielefeld, die sich gegen das Vergessen engagierte, wurde der »Verfassungsfeindlichkeit« verdächtigt und geheimdienstlich observiert. Die ersten Mahnmale wurden von Behörden politisch verfälscht. Anhand bislang unerschlossener Quellen wird erstmals eine lückenlose Darstellung der Kriegs- und Nachkriegsgeschichte des Lagers Stukenbrock und von deren öffentlicher Wahrnehmung vor dem Hintergrund der allgemeinen deutschen NS-Rezeption vorgelegt. Das empfehlenswerte Buch beschreibt zudem die großen Verdienste des Arbeitskreises »Blumen für Stukenbrock« bei der Erinnerungsarbeit in Nordrhein-Westfalen und bei der Bündnisarbeit zwischen Friedens-, Jugend- und Antifabewegung.

J. H.

Carsten Seichter: Nach der Befreiung. Die Nachkriegs- und Rezeptionsgeschichte des Kriegsgefangenlagers Stukenbrock. PapyRossa Hochschulschriften 66, 121 Seiten, EUR 13,00

Stukenbrock: Grabstein zum Gedenken an einen russischen Soldaten.
Bild: Vogler

Die Bürgermeisterin feierte mit

VVN-BdA Bochum habe in 60 Jahren »Zeichen gesetzt«

Die VVN in Bochum wurde als eine der ersten deutschen Kreisvereinigungen der VVN gegründet – lange vor den landesweiten und deutschlandweiten Gründungen.

Am 30. September 2006 bereits erinnerte die VVN-BdA Bochum daran auf einer Veranstaltung im katholischen Jugendheim der Stadt. Herausgegeben wurde eine Broschüre zum Jubiläum. Klaus Kunold, Bochumer VVN-Vorsitzender, hob besonders hervor, dass die VVN auch heute notwendig ist und die geschichtliche Lehre aus Faschismus und Krieg vor allem auch der Jugend vermittelt werden müsse.

In einem Grußwort würdigte Bochums Oberbürgermeisterin, Dr. Ottilie Scholz, die Arbeit der VVN und dankte für ihr großes Bürgerengagement. Sie betonte besonders den heutigen Kampf gegen den Neonazismus. Beeindruckend war die Teilnahme von zahlreichen Zeitzeugen, u. a. von Fred Salomon, dem einzigen noch lebenden Delegierten bei der VVN-Gründung auf Landesebene.

Wenige Tage nach der Veranstaltung traf man sich erneut vor dem Polizeipräsidium in der Uhlandstraße, um eine Gedenkfeier für den linken Journalisten und KPD-Stadtverordneten Karl Springer durchzuführen, der im Polizeipräsidium 1936 zu Tode misshandelt worden war. Zu dem Jubiläum hat die VVN ihre seit längerem angekündigte Broschüre unter dem Titel »60 Jahre Tätigkeit der VVN in Bochum und Wattenscheid« veröffentlicht.

OB Ottilie Scholz (SPD) führte in der Broschüre wie auch in ihrer Rede auf der Geburtstagsfeier aus: »Nach Ende des Krieges trafen sich auch in Bochum Männer und Frauen, um die Kernaussage des Schwurs von Buchenwald umzusetzen, den 'Kampf erst einzustellen, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht' und dem Ziel zu folgen, 'eine neue Welt des Friedens und der Freiheit' aufzubauen.

Mit der Gründung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes haben sie in unserer Stadt ein Zeichen gesetzt. Neben der Mahnung und Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus nahm sich die VVN vor allem der Betreuung von Opfern dieses menschenverachtenden Regimes an.«

Trauer um Alfred Schobert

Unser Freund, guter Berater und Lehrer Alfred Schobert ist im Alter von nur 43 Jahren verstorben. Besonders wertvoll war sein Mitwirken an Veranstaltungen, Diskussionen und Aktionen gegen Nazi-Ungeist, vor allem sein kluges Wirken gegen den Antisemitismus und gegen den Bellizismus von »Antideutschen« wie »Antizionisten«. Antifaschistische Landeskonferenzen wie Bildungsabende in Gruppen und Kreisen bereicherte er. In der aufklärerischen Publizistik – nicht nur in der wissenschaftlichen, auch in der für die praktische Anwendung bestimmten – hat er unvergessene Beiträge hinterlassen. Seine Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft werden uns ebenso fehlen wie seine unerbittliche Streitbarkeit für Demokratie und Menschlichkeit. Wir trauern mit den Freundinnen und Freunden vom Duisburger Institut für Sprache und Sozialforschung (DISS).

Ulrich Sander

Revolutionär des Alltags

Buch über Gustav Kramer erschienen

Der Maler und Bildhauer Gustav Kramer (1911-1972) aus Remscheid geriet schon bald nach dem Beginn der Naziherrschaft ins Fadenkreuz der Gestapo, weil er im Juli 1933 die Matrize für ein Flugblatt des kommunistischen Jugendverbandes zeichnete.

Er kam für fünf Monate in so genannte Schutzhaft, wurde kurz danach wieder verhaftet, schwer misshandelt und für 16 Monate wegen Hochverrats in KZ's und Gefängnisse gesteckt. Nach der Haftentlassung besuchte er 1937 die Meisterschule des deutschen Handwerks, wurde denunziert und musste sie verlassen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, in dem er als »wehrunwürdig« von der Front verschont wurde, arbeitete er in Remscheid als freier Künstler unter prekären Bedingungen. Herbert Stubenrauch erzählt in seinem Beitrag in der jetzt erschienenen Kramer-Biografie, wie das Atelier des Künstlers in den 50er-Jahren für politisch interessierte



Selbstportrait von 1965.

Gymnasiasten und Kriegsdienstverweigerer zu einer regelrechten Bildungsstätte für Nonkonformisten wurde. Hier, nicht in der Schule, lernten die Gymnasiasten Brecht und Sartre, Camus und Marx kennen. Kramer stand zeitweilig der KPD nahe, distanzierte sich aber dann von ihr.

Der eindrucksvoll mit Fotos, Bildern und faksimilierten Akten ausgestattete Band beleuchtet alle Facetten des Lebens des Künstlers wie auch vieler Seiten der Geschichte Remscheids im 20. Jahrhundert. Armin Breidenbach steuerte eine biografische Skizze bei und Bernd Kramer Erinnerungen an seinen Vater. Marita Weishoff würdigt den Künstler. Den Hauptteil des Bands bilden Texte und Briefe Gustav Kramers, die seine politische und intellektuelle Statur deutlich werden lassen. Er war »ein aufrechter Widerständiger, ein Revolutionär des Alltagslebens« (Stubenrauch). **BK**

A. Breidenbach, B. Kramer, H. Stubenrauch, et al. (Hg.): Widerstand und Kunst. Beiträge und Materialien zum Leben und Werk von Gustav Kramer (1911-1972). Karin Kramer Verlag, Berlin 2006, 235 Seiten, 29,80 Euro

Heiligabend in Minden

Auch beim 3. Mal scheiterten Nazis an der Weserbrücke

Wieder kamen die Nazis nicht so richtig in die Stadt Minden hinein.

Am 24. Dezember dachten sie, die Stadt im Weihnachtstaumel überrumpeln zu können. Doch auf der Weserbrücke war kein Weiterkommen mehr. Bernd, ein junge Antifaschist, berichtete: »Nachdem unsere Leute zunächst am Neuplatz von der Polizei gekesselt und mit Reizgas behandelt wurden, war die Mahnwache am Wesertor der Treffpunkt, um die nächste Barriere vor der Stadt zu platzieren.

Zunächst waren wir nur wenige, aber dann kamen die Kollegen der Gewerkschaft Verdi dazu und das war der nötige Schub, um mit unseren Freundinnen und Freunde von der Antifa gemeinsam auf der Weserbrücke zu demonstrieren.

Dort hatten die Polizeikräfte mit Gittern die komplette Fahrbahn abgeriegelt. Da war klar, dass die 'andere' Seite auch keinen Weg mehr in die Stadt bekommen würde.

Dank der Mobilisierung von jungen Leuten bei der städtischen 1500köpfigen Lichterkette, wurden wir von dort mit einigen hundert Leuten nachträglich unterstützt. Unterstützung bekamen wir auch aus anderen Teilen des Landes.« **Niko**

Mit Mehl und Brühe aus Army-Beständen

Vor 60 Jahren wurde in Frankfurt der VVN-Landesverband Hessen gegründet

Im Herbst 1946 wurden in verschiedenen Städten Hessens Organisationen ehemaliger politischer Gegner und Verfolgter des Naziregimes gegründet.

Zurückgekehrt aus den Konzentrationslagern und anderen faschistischen Haftstätten, aus der Illegalität oder dem politischen Exil hatten sich die Frauen und Männer, die sich als ausgewiesene Gegner des Naziregimes erwiesen hatten, von Anfang an den Alliierten zum Neuaufbau des demokratischen Deutschlands zur Verfügung gestellt. Und sie bekamen Verantwortung als Ortsbürgermeister, als Polizeichef, als Leiter der Betreuungsstelle für politisch, religiös oder rassisch Verfolgte, als Arbeitsminister in der ersten hessischen Landesregierung.

Organisation wurde für Antifaschisten erforderlich

All dies waren wichtige Funktionen und Aufgaben für einen antifaschistisch-demokratischen Neubeginn. Aber bald wurde erkennbar, dass Antifaschisten und ehemalige Verfolgte nur dann eine gewichtige Stimme im Prozess der Neugestaltung behalten können, wenn sie organisiert auftreten. Zudem wurden die Betreuungsstellen, welche die soziale Hilfe sicherstellen sollten, zu kommunalen Behörden umgewandelt, so dass die politische Interessenvertretung der Überlebenden damit nicht mehr einhergehen konnte.

Aus diesem Grund trafen sich seit dem Sommer 1946 in verschiedenen hessischen Städten die ehemaligen »Konzentrationäre«, wie man sie damals nannte, um über den Aufbau von Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes (VVN) zu beraten. Gemäß der Vorgaben der amerikanischen Besatzungsmacht musste ein Aufbau der Strukturen von unten nach oben erfolgen, obwohl sich die Antifaschisten natürlich hessenweit, im Rahmen der gesamten amerikanischen Besatzungszone und sogar zwischen den verschiedenen Zonen verständigten.

In Nordrhein-Westfalen (britische Zone) konnte schon Ende Oktober 1946 eine Landesorganisation gegründet werden. In einem Schreiben übermittelte der Geschäftsführer der VVN Frankfurt/M. Grüße aus Hessen, obwohl die eigentliche Gründungsversammlung in Frankfurt erst am 17. November 1946 stattfinden sollte. Das macht deutlich, dass der Prozess der Konstituierung der Organisation lange vor dem – von den Besatzungsoffizieren zu genehmigenden – Treffen stattfand. In Kassel traf man sich dazu Ende Oktober, in Frankfurt Mitte November.

Die Frankfurter Gründungsfeier fand in den Räumlichkeiten der Westend-Synagoge statt. Es sprachen Oberbürgermeister Walter Kolb, Arbeitsminister Oskar Müller sowie – in unterschiedlichen Funktionen und als Vertreter von SPD, CDU und KPD – die ehemaligen Häftlinge des KZ Buchenwald Hermann Brill, Eugen Kogon und Otto Roth. Diese politische Breite spiegelte sich auch im Vorstand wider, wo alle zugelassenen politischen Parteien, die Glaubensgemeinschaften und andere gesellschaftliche Gruppen vertreten waren.

Am 24. Februar 1947 folgte in Gießen die Gründung der Hessischen Landesorganisation. Daran teilgenommen hatte Ria Deeg, die über die damalige Situation anschaulich erzählte: »Die Gründung der Hessischen Landesorganisation erfolgte in der Gastwirtschaft Zum Löwen. Ich hatte von Frankfurt den Auftrag, einen Saal und wenn möglich was zu essen zu besorgen. Die Kameradinnen und Kameraden kamen aus ganz Hessen und der Saal war voll. Das Lokal zu besorgen war für mich kein Problem – aber das Essen. Marken!

Ein Kamerad war in dem amerikanischen Depot beschäftigt. Er organisierte einen Sack bestes amerikanisches Weizenmehl und gekörnte Brühe. Es war die beste, die ich je getrunken habe. Die Brötchen machte uns ein Bäcker, und in wenigen Minuten war alles vertilgt. Wir – d. h. die meisten von uns lebten ja von ihren Lebensmittelmarken und waren ausgehungert ...

Im Vorstand waren alle Verfolgtengruppen vertreten

Die Versammlung eröffnete Dr. Meyer, anfangs bei Radio Frankfurt. Sie dauerte sehr lange und in der Diskussion ging es heiß her... Für den Landesvorstand vorgeschlagen und einstimmig gewählt als 1. Vorsitzender Dr. Hans Mayer, FFm., rassisch Verfolgter; Oskar Müller, Ffm., KPD, politisch Verfolgter, Arbeitsminister; Georg Buch aus Wiesbaden, SPD, politisch Verfolgter. Als Beisitzer die Kameradin Schwalbach aus Wiesbaden, Emile Feustr, Lich, SPD, rassisch Verfolgte (Theresienstadt), der Kamerad Eder aus Ffm., und die Kameradin Änne Salzmann, Offenbach, KPD, 6 Jahre Zuchthaus.

Von Anfang an mussten wir uns gegen versteckte Angriffe und üble Nachreden der Nazis wehren. Alles wurde von der Bevölkerung willig aufgenommen und geglaubt. Anstatt als Widerstandskämpfer gegen den Faschismus anerkannt zu werden, standen wir von Anfang an mit dem Rükken zur Wand und mussten uns durchkämpfen.«

Ulrich Schneider

IN MEMORIAM PETER GINGOLD

Landesversammlung der VVN-BdA Hessen

Einladung
an Mitglieder und Freunde der VVN-BdA

60 Jahre VVN – aber kein Ruhestand

Dazu spricht Dr. Ulrich Schneider, Historiker, Generalsekretär der FIR

Wir feiern 60 Jahre Antifaschismus und fordern
NPD-Verbot jetzt!

mit Thomas Willms, Bundesgeschäftsführer der VVN-BdA



Samstag, 3. März 2007, 11 Uhr
im AWO-Saal, Eckenheimer Landstraße 93
Frankfurt am Main

11 000 Kinder jüdischen Glaubens transportierte die Deutsche Reichbahn allein aus Frankreich in Viehwaggongs quer durch Deutschland in die Vernichtungslager – von Saarbrücken bis Auschwitz. In Frankreich hat in mehreren Bahnhöfen eine Ausstellung an diese Deportationen erinnert. Die Forderung, die Bilder der Kinder auch in deutschen Bahnhöfen entlang der damaligen Streckenführung zu zeigen, wurde von der Bahn lange Zeit strikt abgelehnt. Doch der zunehmende Druck der Öffentlichkeit – unser Foto: Demonstration von Mitgliedern der Anti-Nazi-Koordination am Frankfurter Hauptbahnhof – zeigte schließlich Wirkung. Die Wanderausstellung soll nun 2008 gezeigt werden, in Hessen, in Darmstadt, Hanau, Fulda und in Frankfurt am Südbahnhof, wo der Kindertransport Station machte.

Bild: Dietmar Treber
arbeiterfotografie.com



Bereits 16 Stolpersteine in Offenbach

Gedenkarbeit und Proteste gegen Naziversammlungen

Unter dem Stichwort Stolpersteine tut sich mittlerweile in vielen deutschen Städten etwas. So nun auch in Stadt und Kreis Offenbach.

In Langen ist seit einigen Monaten eine Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern aktiv, um das Verlegen der ersten Stolpersteine in ihrer Stadt vorzubereiten. Es werden unter anderem Geschichten von Personen und Familien recherchiert und Spenden für die einzelnen Stolpersteine gesammelt. Auch in anderen Orten im Kreis Offenbach beginnen Stolperstein-Initiativen mit ihrer Arbeit.

In Offenbach selbst fand am 21. Oktober die zweite Verlegeaktion statt. So gibt es hier jetzt schon 16 Stolpersteine, die an Menschen erinnern, die Opfer der Nazis wurden.

Bei der letzten Aktion wurde auch ein Stolperstein im Heusenstammer Weg verlegt, einer Straße, in der bis kurz vorher Neonazis, konkret NPD-Leute, in einem Lokal einen Treffpunkt hatten. Anwohner hatten bereit seit längerem dagegen protestiert und sich beim Ordnungsamt der Stadt beschwert, zum Teil weil sie das Gegröle der Nazilieder nicht ertragen konnten, teilweise auch nur wegen des Lärms der Leute, die nach den Autokennzeichen aus dem ganzen Bundesgebiet anreisten. Im September zeigten die Beschwerden der Nachbarschaft Erfolg und das Lokal wurde geschlossen. Nach einigen letzten »privaten« Veranstaltungen finden dort nun keine Treffen mehr statt.

Anwohner wehren sich gegen NPD-Treffpunkt

Der Stolperstein, der in dieser Straße verlegt wurde, soll an Gretel Maraldo erinnern, die als junge Frau bei den Edelweißpiraten aktiv war und drei Tage vor Kriegsende von SS-Leuten erschossen wurde. Die Aktion war nun eine gute Gelegenheit, den Anwohnern für ihre Proteste gegen die Nazikneipe zu danken. In einem Brief wurde die Verbindung hergestellt zwischen der Erinnerung an das mutige Engagement von Gretel Maraldo und dem notwendigen Widerstand heute gegen das Auftreten von Neonazis. Sehr positive Presseberichte und Resonanz der Bevölkerung haben bestätigt, dass dies eine erfolgreiche Aktion war.

Am 8. März folgt nun die dritte Stolperstein-Aktion in Offenbach. Dann soll an 21 Menschen erinnert werden, die in zwei so genannten Judenhäusern in der Mittelseestraße wohnten.

Für die vierte Aktion ist von Seiten der VVN-BdA geplant, den Widerstandskämpfer und Kommunisten Willy Knöchel für einen Stolperstein vorzuschlagen.

Barbara Leissing

Frankfurt/Main:

SPD-Fraktion für Peter-Gingold-Straße

Die SPD-Fraktion im Frankfurter Römer fordert in einem Antrag an die Stadtverordnetenversammlung, eine Straße nach dem kürzlich verstorbenen Antifaschisten Peter Gingold zu benennen. Eine entsprechende Würdigung Peter Gingolds hatte auch der Landesausschuss der VVN-BdA anstelle „erneuter Ausgrenzung“ gefordert, nachdem Kulturdezernent Semmelroth eine weitere Würdigung mit Hinweis auf Peter Gingolds kommunistische Überzeugung abgelehnt hatte.

Redaktion: Peter Altmann
Landesverband der VVN-BdA-Hessen,
Eckenheimer Landstr. 93,
60318 Frankfurt,
Tel. und Fax: (069) 5970524.

Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen!
Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt
Kto-Nr. 49330-602 BLZ 5001006

HAMBURG

Nördliche VVN-Landesverbände treffen sich

Beratungen zu aktuellen Wandlungen im Rechtsextremismus und der Kriegsgefahr

Das Programm der diesjährigen VVN-Nordkonferenz am letzten Februarwochenende ist gespickt mit außergewöhnlichen Beiträgen.

Unter ihnen Andre Aden aus dem Kreis Unterelbe mit Referat und selbstgedrehtem Film über die aktuelle Entwicklung der »Freien Kameradschaften« sowie der Sozialwissenschaftler Mathias Brotkorb, Mitglied des Landtages Mecklenburg Vorpommern (SPD) mit einem Referat über strategische und programmatische Wandlungen des Rechtsextremismus »Neofaschismus in Europa am Beispiel der NPD«. Des weiteren informiert die Sprecherin der VVN-BdA, Conny Kerth, über Gegenstrategien am Beispiel der Kampagne »NPD-Verbot – jetzt!«. Schließlich ist ein Austausch über die Entwicklung des Neofaschismus und Konservatismus in den Nord-Bundesländern vorgesehen. Am Sonntag folgt dann ein weiterer inhaltlicher Schwerpunkt: »Deutschland und der Krieg« – über die sich international verschärfende Kriegsgefahr, die von der deutschen Politik mit zu verantworten ist.

Nordkonferenz: Infobörse und beliebter Treffpunkt

Die Nordkonferenz findet seit vielen Jahren statt. Kameradinnen und Kameraden und zahlreiche Gäste aus Schleswig-Holstein, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Stade beziehungsweise dem Kreis Unterelbe treffen sich hier, um sich über die Entwicklung in ihren Bundesländern auszutauschen, Verabredungen zu treffen, gemeinsame Aktivitäten zu beraten und einmal gemeinsam schöne Stunden mit Freundinnen und Freunden aus anderen Bundesländern zu genießen. Vorbereitet wird die Konferenz von der Neofaschismuskommission Küste. In ihr arbeiten Kameraden und Freunde aus den genannten Bundesländern zum Thema Neofaschismus in Norddeutschland.

Die Kommission hat eine eigene Homepage als ein gemeinsames Projekt der nördlichen Bundesländer und ihrer Landesverbände entwickelt. Die Besucheranzahl auf der Homepage ist weiterhin sehr hoch und sollte noch mehr als bisher genutzt werden. Ziel ist es, mit der Homepage der VVN-BdA und der Bewegung im Norden eine professionell betreute Homepage zur Verfügung zu stellen, welche die Entwicklung des Neofaschismus dokumentiert.

Bernd Meimberg
Mitarbeiter im Bundesausschuss Friedensratschlag Kassel & Koordinator der Bundesneofakommission der VVN-BdA

Redaktion: W. Siede
E-Mail: wolframsiede@gmx.de

23. bis 25. Februar: Nordkonferenz

Die Nordkonferenz beginnt am Samstag um 9.30 Uhr im Ferienheim der VVN-BdA in Heideruh, 21244 Buchholz i. d. Nordheide, Ortsteil Seppensen.
Abholservice von Bahnstation Buchholz.
Kosten von Freitagabend bis Sonntagmittag 85,- Euro, Samstagmittag bis Sonntagmittag 56,- Euro, nur Samstag 18,- Euro.
Anmeldung beim jeweiligen Landesverband.
Damit auch finanzschwächere Interessenten teilnehmen können, sind Spenden gern gesehen.
Kontakt und Anmeldung über Bernd Meimberg (lobemeimberg@t-online.de oder Telefon 04543/7107).
Informationen auch im Internet: www.kueste.vvn-bda.de

HESSEN

Frankfurter VVN feierte im Foyer des Schauspiels

Grußworte des DGB und der Jüdischen Gemeinde

60 Jahre Kreisvereinigung Frankfurt der VVN, gegründet am 17. November 1946, in der Westendsynagoge.

Zur Jubiläumsfeier am 19. November fanden sich überraschend zahlreiche Besucher an einem ganz ungewohnten Ort ein: Im Foyer des Frankfurter Schauspiels. In diesem attraktiven Ambiente, wie man es bei der VVN sonst kaum erlebt, folgten Mitglieder und Gäste dem Programm, durch das der Kreisvorsitzende Rolf Heinemann führte. Er erinnerte in sehr persönlichen Worten an Peter und Ettie Gingold, an Valentin Senger, an Emil Carlebach, der als Blockältester in Buchenwald 3000 Juden vor dem Todesmarsch bewahrte. Lore Wolf gehörte ebenso zu den Mitbegründern wie Eugen Kogon, der vor 60 Jahren der VVN mit auf den Weg gab, sie solle zu einer »Liga der Menschenrechte« werden.

Zu etlichen Glückwünschen und Grußbotschaften, u. a. von Stefan Szajak, Direktor der Jüdischen Gemeinde in Frankfurt, zählt der Beitrag von Willi Malkomes, der im Auftrag des DGB-Rhein-Main sprach und das besondere Verhältnis zwischen Gewerkschaftsbund und VVN hervor hob. Er sprach von den Männern und Frauen, die »von der ersten Stunde an Widerstand geleistet hatten« und von den Nazis verfolgt wurden: »Sie waren es auch, die gemeinsam mit anderen Menschen den Freien Gewerkschaftsbund Hessen und die VVN gegründet haben. Ihr Ziel galt dem Wiederaufbau Deutschlands, dem Eintreten für die arbeitende Bevölkerung und der Losung: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!

Diese Mahnung haben beide Organisationen gemeinsam vertreten und uns zu vielen gemeinsamen Aktionen geführt. Denn in beiden Organisationen haben die Opfer des deutschen Faschismus ihre aktive Aufbauarbeit geleistet. Ich erinnere an die Vorbereitungen und die Durchführung der alternativen Stadtrundfahrten und Stadtgänge zu Stätten des Terrors der Nazis, zu traditionellen Stätten der Abeiterbewegung und zur Leidensgeschichte unserer jüdischen Mitbürger. Ich erinnere aber auch an die gemeinsamen Aktionen, die wir durchgeführt haben um Neonazis daran zu hindern, in unserer Stadt ihre Provokationen durchzuführen. Der Name Willy Schmidt, ehemaliger Häftling von Buchenwald, Gründer und bis zu seinem Tode am 21. September 2003 Ehrenvorsitzender des DGB-Seniorenarbeitskreises, steht für die gemeinsame Arbeit von VVN und DGB in Frankfurt. Dieses Vermächtnis, Aufklärung über die Verbrechen des Nationalsozialismus werden wir auch in Zukunft an junge Menschen, auch in die Schulen weiter tragen.«

Buchtipp

Ein sehr lesenwertes Buch ist im November in der Edition Momos erschienen: »Fast ein Jahrhundert: Die Lebenserinnerungen der Lina Weilmünster«.

Das Buch der 90-Jährigen berichtet über ein Leben, das bestimmt war von schweren Jahren, Solidarität und dem Traum von einer neuen sozialistischen Gesellschaft.

Zu beziehen im Buchhandel für Euro 9,80 oder zuzüglich Porto bei Barbara Leissing, Offenbacher Straße 81, 63165 Mühlheim.

CDU-Studenten mit völkischem Einschlag

Rechter Burschenschafter kandidiert auf RCDS-Liste für das Sudierendenparlament

Ein Rechtsextremist und schlagende Burschenschafter des RCDS kandidieren bei den Wahlen zum Studierendenparlament der Universität Hamburg für die CDU-Hochschulgruppe. So kandidiert der Rechtsextremist Martin Stoffers auf dem Ticket der CDU-Hochschulgruppe für das Studierendenparlament.

Nach Bekanntwerden seiner Mitgliedschaft in dem »Delegierten Convent Europäischer Corporationen« (DCEC), einer Dachorganisation von Studentenverbindungen, deren Funktionär Martin Stoffers nach eigenen Angaben bis 1997/98 war, zog er seine Kandidatur zurück. Gegenüber der taz-hamburg begründete Stoffers die Mitgliedschaft im DCEC mit seiner Aufnahme in die »Burschenschaft Tafelrunde zu Wien«, deren Dachverband der DCEC sei. Nach Auffassung des »Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes«, einer renommierte Stiftung, die gemeinsam von der Republik Österreich, der Stadt Wien und dem Verein des Dokumentationsarchivs getragen wird und sich mit den NS-Verbrechen sowie dem aktuellen Rechtsextremismus beschäftigt, sei die »Europaburschenschaft Tafelrunde zu Wien« eine »sogar in der Wiener Burschenschaftsszene als zu weit rechts außen verschriene Korporation.«

Auch nach dem Rücktritt bleibt der akademische CDU-Nachwuchs und insbesondere der RCDS an der »Hochschule für Angewandte Wissenschaften« fest in schlagender Burschenhand. Dennis Behnke (Vorsitzender) und Carsten Rönnau (Schatzmeister) kommen beide aus der Burschenschaft Germania-Königsberg. Ihr Dachverband Deutsche Burschenschaft (DB) hatte sich erst 2005 mit der NPD wegen eines drohenden Verbotes solidarisiert.

Auch bei den Königsberg-Germanen grüßt man schon mal mit »Heil« und bietet der »Staats- und Wirtschaftpolitischen Gesellschaft (SWG)« das Haus für Vorträge mit Referenten aus nationalistischen Kreisen an.

Dass sich so viele Verbindungsstudenten in den Reihen des RCDS befinden, verwundert nicht, stellen Korporierte doch seit Jahrzehnten einen wichtigen akademischen Pool der Unionsparteien. Überraschend ist jedoch, dass es sich beim Hamburger CDU-Nachwuchs nicht wie üblich um Korporierte aus den konservativen, konfessionellen Verbindungen handelt, sondern um weiter rechts angesiedelte Verbände, darunter die völkische Deutsche Burschenschaft (DB) und die neofaschistische Chattia Friedberg. **Felix Krebs**



22. April 2005: Jedes Jahr ruft der »Hamburger Waffenring«, eine 1951 gegründete Vereinigung aller schlagenden Verbindungen in der Hansestadt, zum politisch motivierten Saufgelage. Bild: Grünwald

Chattia

Bereits im Mai 2005 machten Sicherheitsbehörden auf die als rechtsextrem eingestufte Burschenschaft »Pennale Burschenschaft Chattia Friedberg zu Hamburg« aufmerksam: Einzelne Mitglieder seien nach Erkenntnissen des Hamburger Verfassungsschutzes selbst in der rechtsradikalen Szene aktiv«.



Kundgebungen – Filme – Veranstaltungen: Hamburger VVN-Termine im neuen Jahr

28. Januar
Das Geschäft – Der Naziweg zu Diktatur und Krieg
Dieser Dokumentarfilm beginnt mit dem Ersten Weltkrieg und endet mit dem Zweiten. Wielfried Viebahn beschäftigt sich in der Dokumentation von 1983 vor allem mit dem Aufstieg der NS-Bewegung und zeigt die Förderer, Führer und Dulder in Originalaufnahmen. Die Einführung übernimmt unsere Kameradin und Zeitzeugin Elsa Werner.

17 Uhr, Kino Metropolis

25. Februar:
Gedenkkundgebung »Weiße Rose« in Volksdorf
Wegen der Umbauarbeiten auf der Straße »Weiße Rose« wurde der Gedenkstein, an dem unsere alljährliche Kundgebung stattfindet, entfernt. Bisher blieb die Baubehörde den Organisatoren eine Antwort darüber schuldig, wann das Denkmal wieder aufgebaut wird. Wir hoffen, dass das vor der Kundgebung passiert.

11.00 Uhr, Gedenkstein Weiße Rose, Fußgängerzone Volksdorf

11. Februar:
Rote Großmütter – gestern und heute
Gerda Zorn liest aus ihrem Buch über die Lebensgeschichte der beiden Barmbeker Widerstandskämpferinnen Ille Wendt und Gerda Ahrens. Als Zeitzeugin wird Ille Wendts Tochter Elke erwartet.
16.00 Uhr Zinnschmelze, Maurienstr. 19 (U/SBarmbek)

25. Februar:
Spiegelgrund
Ein Dokumentarfilm von T. Sindelgruber und A. Schuster über die Opfer der Kinderheilanstalt »Am Spiegelgrund« und das Euthanasieprogramm der Nazis. Die Zeitzeugin Antje Kosemund berichtet über das Schicksal ihrer Schwester, die nach dem Transport aus den Alsterdorfer Anstalten in Wien ermordet wurde.
17.00 Uhr, Kino Metropolis

8. März:
Internationaler Frauentag
Einweihung des Stolpersteins für Katharina Corleis aus Billstedt. Sie war 1935 das erste weibliche Todesopfer im KZ Fuhlsbüttel Der Abend erinnert an die Frau, Mutter und Widerstandskämpferin. Für den Abschluss sind die »CHOR-I-FEEN« angefragt.
19.30 Uhr, Kulturpalast Billstedt, Ojendorfer Weg 30 a, 22119 Hamburg (U-Billstedt)

Als »Swing Kid« in Fuhlsbüttel

Junge Verfolgte des NS-Regimes erinnern sich

Alljährlich gestaltet die Initiative »Gedenken in Harburg« Veranstaltungswochen, in denen an bestimmte Opfergruppen aus der Zeit des Faschismus erinnert wird.

In diesem November ging es unter dem Titel »Jugend unterm Hakenkreuz« um junge Menschen als Opfer am Beispiel der »Swing-Jugend«. Im Harburger Rathaus wurde die Ausstellung »Wir hatten noch gar nicht angefangen zu leben« über die beiden Jugend-KZs in Moringen und Uckermark gezeigt.

Bezirksamtsleiter Torsten Meinberg (CDU) erklärte bei der Eröffnung, solche Ausstellungen seien im Rathaus immer willkommen. Da mussten die Anwesenden ein Schmunzeln unterdrücken, hatte das Bezirksamt doch erst im Mai eine geplante Ausstellung der DGB-Jugend über Neofaschismus untersagt.

Als prominenter Gast zeigte der Hamburger Swing- und Jazz-Experte Günter Discher an vielen Musikbeispielen, warum der Swing von den Nazis unterdrückt und verfolgt wurde. Auf anderen Veranstaltungen wurde der dokumentarische Spielfilm »Swing Kids« gezeigt, mit Bussen wurden Stätten angefahren, wo die Swing-Jugend aktiv war. Die Bigband eines Harburger Gymnasiums gab ein Swing-Konzert. Ein inzwischen 80 Jahre alter Zeitzeuge aus Harburg berichtete von einer Prügelei mit der Hitlerjugend in Wilhelmsburg im Sommer 1941. Er kam mit 13 seiner Freunde ins Polizeigefängnis Fuhlsbüttel. Dort wurden sie geschlagen und immer wieder zum Verhör ins »Stadthaus« zur Gestapo gebracht. Nach zwölf Tagen konnte er wieder nach Hause gehen. Dabei hatte er noch Glück gehabt, denn es geschah noch vor dem Himmler-Erlass, nachdem diese Jugendlichen ins KZ zu stekken seien. Günter Discher, der später verhaftet wurde, musste für mehrere Jahre ins KZ Moringen.



Günter Discher präsentiert Swingmusik, die unter den Nazis verboten war. Bild: hjm

Da sich die Aktionswochen um den 9. November abspielten, gab es eine Kundgebung vor dem Gedenkportal der demolierten Harburger Synagoge, auf der neben anderen Rednern auch Hans-Hermann Wacker von der Harburger VVN-BdA sprachen. Die Veranstaltungen, die diesmal von vielen Jugendlichen besucht wurden, waren ein voller Erfolg.

Hans-Joachim Meyer

In Hamburger Neustadt:

Stolpersteine für verfolgte Schwule

Am 30. November verlegte der Kölner Künstler Gunter Demnig vor dem ehemaligen Obdachlosenasyl »Pik As« (Neustädter Straße 31a) sechs Stolpersteine für Günther Brackemeier, Walter Cardis, Johannes Lehnau, Walter Makowski, Franz Schwarzl und Elimar Wagner. Sie alle waren wohnungslos und gerieten als Schwule in die Mühlen der Nazijustiz.

Exemplarisch ist das Schicksal von Günther Brackemeier. Er war nach § 175 vorbestraft und bekam keine Arbeit. Seinen Lebensunterhalt bestritt er mit sexuellen Dienstleistungen, war also Stricher. Wegen »gewerbsmäßiger Unzucht« kam er in Haft und danach ins KZ Neuengamme. Hier verliert sich seine Spur. Vermutlich ist er im Alter von 31 Jahren zusammen mit rund 7 000 Häftlingen mit dem KZ-Schiff »Cap Arcona« untergegangen.

Bischöfin Maria Jepsen enthüllte die Stolpersteine. Vom 2. März bis 7. April wird in der Staats- und Universitätsbibliothek eine Ausstellung über Homosexuellenverfolgung in Hamburg vor und nach 1945 gezeigt. Auch weitere Stolpersteine für verfolgte Schwule soll es geben, so z. B. für Karl Steffen aus Harburg, Küchgarten 21, der im Herbst 1942 in U-Haft ums Leben kam. **hjm**

Experiment oder Eintagsfliege?

Am 9. November stieg die erste »Nacht der Jugend« im Rathaus

Die Hamburger Bürgerschaft hatte zur Teilnahme zur »Nacht der Jugend« eine Einladung an das Landesbüro der VVN-BdA geschickt. Die Veranstaltung am 9. November erinnerte an den 68. Jahrestag der Reichspogromnacht. Nicht ohne Bedenken beschloss der Landesvorstand, sich an der Veranstaltung zu beteiligen.

Ein Informationsstand wurde organisiert und drei aktive Zeitzeugen waren gefunden, über ihre Familie und die Verfolgung und Diskriminierung in der Nazizeit zu berichteten.

Nach Angaben der Senatskanzlei beteiligten sich 2 200 Jugendliche an der Veranstaltung. In der Rathausdiele herrschte ein buntes und lautstarkes Treiben mit Rap-Musik und politischen Texten zum Thema. Außerdem hatten sich viele Schüler- und Jugendgruppen sehr engagiert und gründlich vorbereitet. Aber das Programm enthielt auch seltsame Beiträge – oder welcher Zusammenhang lässt sich zwischen einem Schülerprojekt »Verfolgung Jugendlicher in der DDR« und dem industriellen Massenmord der Nazis an Jüdinnen und Juden herstellen? Was hat »Rhythm and Dance« vom Hamburger Verein der Deutschen aus Russland mit den Verbrechen der Nazis zu tun?



Plakat zur ersten »Nacht der Jugend«.

Zwei Räume, vom Trubel der Rathausdiele entfernt, waren für Lesungen, Diskussionen und Zeitzeugengespräche wie dem Projekt »Spurensuche – eine szenische Lesung mit Schülern über die NS-Zeit« oder dem Filmprojekt »Kindertransporte« vom Gymnasium Lerchenfeld und weitere interessante Projekten vorbehalten. Leider war die Zeit für die einzelnen Beiträge mehr als knapp bemessen, so dass es für die Schüler frustrierend war, mitten in ihrer Veranstaltung abbrechen zu müssen. Auch für die vielen Jugendlichen im überfüllten Saal des Zeitzeugengespräches hinterließ der überstützte Abbruch durch die Veranstalter Frust und Unverständnis. Dennoch ist es den Veranstaltern erst einmal gelungen, viele Jugendliche mit dem Thema Verbrechen des NS-Regimes zu erreichen. Wenn es gelingt, einige der Fehler und Ungereimtheiten abzustellen, kann man auf die nächste »Nacht der Jugend« gespannt sein. **Antje Kosemund**